

31.07.14 BILDUNG

Härtere Strafen für Schulschwänzer

Rund 3700 Jugendliche fehlten mehr als zehn Tage ohne Entschuldigung

Von Andreas Abel

In Mitte und Neukölln ist die Zahl der Schulschwänzer besonders hoch, in Friedrichshain-Kreuzberg, Spandau, Marzahn-Hellersdorf und Reinickendorf liegt sie immerhin noch deutlich über dem Berliner Durchschnitt. Das zeigt eine Statistik der Senatsbildungsverwaltung. Nach dieser Erhebung blieben berlinweit allein im ersten Halbjahr des Anfang Juli zu Ende gegangenen Schuljahres 2013/2014 rund 3760 Schüler der Jahrgangsstufen sieben bis zehn mehr als zehn Tage ohne Entschuldigung der Eltern dem Unterricht fern. Das waren etwa 200 mehr als im vorangegangenen Schuljahr. Dies geht aus der Antwort der Bildungsverwaltung auf eine Parlamentsanfrage des SPD-Abgeordneten Joschka Langenbrinck hervor.

Unterschiede zwischen Bezirken

Einen zum Teil drastischen Anstieg gab es im vergangenen Schuljahr auch bei den Versäumnisanzeigen, die die Schulen an die Bezirksämter weitergeben, sowie bei den Bußgeldverfahren gegen Schulschwänzer. Eine solche Anzeige müssen Schulen beim Bezirk stellen, wenn ein Schüler mindestens an zehn Tagen pro Schuljahr ohne Entschuldigung nicht in den Unterricht kommt. In Mitte zum Beispiel wurden im vergangenen Schuljahr 770 Schulversäumnisanzeigen gestellt. Im Schuljahr 2012/2013 waren es 362. In Lichtenberg wurden 618 Anzeigen gestellt, 250 mehr als im Vorjahr. In Reinickendorf wurden 473 Schulversäumnisanzeigen registriert, gegenüber 364 im vorangegangenen Schuljahr. Andere Bezirke weisen weitaus niedrigere Zahlen aus, etwa Charlottenburg-Wilmersdorf mit nur 41 Anzeigen oder Friedrichshain-Kreuzberg mit 100. Drei Bezirke übermittelten der Senatsschulverwaltung gar keine Daten. Das zeigt, dass die Bezirke sehr unterschiedlich mit dem Thema umgehen.

Differenzen zwischen den Bezirken zeigen sich auch bei den Bußgeldverfahren. In Reinickendorf wurden im vergangenen Schuljahr 237 Verfahren (Schuljahr 2012/2013: 146) eingeleitet, in Lichtenberg gar keine (Vorjahr: 13), in Friedrichshain-Kreuzberg zwei. In Mitte wurden 51 Bußgeldverfahren eröffnet, davon 44 an Sekundar- und Gemeinschaftsschulen. An Gymnasien fielen keine Verfahren an. Im vorangegangenen Schuljahr verzichtete Mitte noch komplett auf Bußgeldverfahren. In Steglitz-Zehlendorf stieg die Zahl der Verfahren von 62 auf 224. Auch die Höhe des verhängten Bußgeldes differiert stark. In Pankow werden laut Bildungsstadträtin Lioba Zürn-Kasztantowicz (SPD) Summen "im niedrigen dreistelligen Bereich" gefordert. Reinickendorf hingegen verhängt Bußgelder, die nach Angaben von Bildungsstadträtin Katrin Schultze-Berndt (CDU) von 250 Euro bis zu vierstelligen Summen reichen. Die Höhe liege im Ermessen des Sachbearbeiters und berücksichtige auch, ob es sich um Wiederholungsfälle handelt. Nur drei Bezirke gaben an, zum letzten Mittel gegriffen zu haben: Sie ordneten an, dass der Schüler von der Polizei zur Schule gebracht wurde. Reinickendorf tat dies 21-mal, Treptow-Köpenick 16- und Marzahn-Hellersdorf dreimal.

"Wer die Schule schwänzt, verpasst leicht den Anschluss und droht als Schulabbrecher zu enden. Wir wollen, dass alle Kinder und Jugendlichen zur Schule gehen, einen Abschluss erreichen, Arbeit finden und etwas aus ihrem Leben machen", sagte Joschka Langenbrinck. "Die Schulpflicht muss konsequent durchgesetzt werden." Dazu hatte das Abgeordnetenhaus im Januar ein "Programm zur Vorbeugung und Bekämpfung von Schuldistanz" beschlossen, das der Senat derzeit umsetzt. Dazu gehört, dass die Schule vom kommenden Schuljahr an bereits nach fünf nicht zusammenhängenden Fehltagen eines Schülers ohne Entschuldigung der Eltern eine Versäumnisanzeige beim Bezirk stellen muss. Bisher galt das erst nach zehn Tagen. Außerdem arbeitet die Senatsbildungsverwaltung einen Leitfaden "Aktiv gegen Schulschwänzer" aus. Er soll auch "verpflichtende Schritte zur Hilfestellung" sowie eine Übersicht über Präventionsprogramme enthalten und dem Abgeordnetenhaus im Dezember vorgelegt werden. Schließlich wolle die Bildungsverwaltung auf die Bezirke einwirken, einheitlich mit dem Problem des Schulschwänzens umzugehen, sagte Sprecher Ilya Koschembar.

Konsequent handeln

Das fordert auch Langenbrinck. "Wir brauchen klare Regeln, die für alle Bezirke und Schulen gelten. Außerdem müssen die zuständigen Behörden besser zusammenarbeiten. Wenn es hart auf hart kommt, muss ein Bußgeld durchgezogen werden. Die Bereitschaft der Eltern, ihr Verhalten zu ändern, ist dann am größten, wenn es ans Geld geht." Stefan Schlede, Bildungsexperte der CDU-Fraktion im Landesparlament, unterstützt Langenbrinck. Das Problem des Schulschwänzens müsse intensiver angegangen werden. Wichtig sei, dass Schulen und Bezirke konsequent und vergleichbar handelten. "Es geht nicht um Strafe", machte Schlede klar, "es geht darum, kriminelle Karrieren zu verhindern."

© Berliner Morgenpost 2014 - Alle Rechte vorbehalten

P.S.: Sind Sie bei Facebook? Dann werden Sie Fan von der Berliner Morgenpost.

DAS KÖNNTE SIE AUCH INTERESSIEREN



welt.de

Vier Panzerdivisionen retteten die Ostfront

Indem er Hitlers Befehle ignorierte und seine Panzer unkonventionell einsetzte, stoppte Feldmarschall Model 1944 vor Warschau die Rote Armee – mit fatalen... [mehr](#)